

FORDERUNGEN

DER ÖSTERREICHISCHEN
JUGENDDELEGIERTEN ZUR
28. UN-KLIMAKONFERENZ



Die österreichischen UNFCCC-Jugenddelegierten, ein Projekt von CliMates Austria, **Jasmin Lang und David Jablonski**, recherchierten in der Vorbereitung auf die **COP28** in Dubai intensiv zu den wichtigsten Themen der diesjährigen Klimakonferenz.

DIE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN FÜR DIE COP28 AUF EINEM BLICK:

- Die Klimakrise ist eine fossile Krise. Deswegen muss die COP28 einen **globalen, raschen und fairen Ausstieg aus fossilen Energien** – Kohle, Öl und Gas – bis spätestens 2050 rechtlich bindend beschließen. Subventionen für fossile Energien müssen sofort gestoppt werden.
- Der **Loss and Damage Fund** muss auf der COP28 operationalisiert und dessen Finanzierung sichergestellt werden. Dabei ist es wichtig, dass der Fonds langfristig unter einer UN-Institution angesiedelt ist, Auszahlungen in Form von Zuschüssen erfolgen und die betroffene Zivilbevölkerung Zugriff darauf hat.
- Die **globalen Finanzströme** müssen an das Pariser Klimaabkommen angepasst werden. Das in der Vergangenheit nicht erreichte Versprechen von 100 Milliarden US-Dollar jährliche Klimafinanzierung für die Jahre 2020-2025 muss von den Industriestaaten endlich erreicht werden. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 (New Collective Quantified Goal) muss eine signifikante Erhöhung der internationalen Klimafinanzierung bedeuten.
- Die **nationalen Klimabeiträge** (Nationally Determined Contributions, NDCs) müssen in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des **Global Stocktake** und dem 1,5-Grad-Limit des Pariser Klimaabkommens erhöht werden.

UNSERE FORDERUNGEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE KLIMAPOLITIK:

Internationale Versprechen erfordern nationale Umsetzung. Vor diesem Hintergrund muss die österreichische Regierung die nationalen Emissionsreduktions-, Anpassungs- und Finanzierungsziele erhöhen.

- Die Regierung muss ein wirksames **Klimaschutzgesetz** beschließen, welches einen Fahrplan für die Erreichung der Klimaneutralität vorgibt. Neben der Festsetzung sektoraler Emissionsreduktionsziele ist die Verankerung des Klimaneutralitätsziels im Verfassungsrang von zentraler Bedeutung. Sanktionsmechanismen sollen zudem die Einhaltung der Zielwerte gewährleisten. Weitere nationale Klimaschutzmaßnahmen sind notwendig, siehe Kapitel Mitigation.
- Österreich muss zusätzliche, bedarfsgerechte **Finanzierung für Loss and Damage bereitstellen** und eine aktive Rolle bei der Operationalisierung des Fonds für Verluste und Schäden übernehmen.
- **Fossile Subventionen**, die die österreichischen Steuerzahler*innen circa 5 Milliarden Euro jährlich kosten, müssen **abgeschafft** werden.

DIE JUGENDEDELEGIERTEN



JASMIN LANG



DAVID JABLONSKI

Pressekontakt:

Philipp Steininger, Mentor der Jugenddelegierten
youthdelegate@climatesaustria.org

+43 676 7033912   

COP28- NEWSLETTER



[DEUTSCH](#)



[ENGLISCH](#)



[DEUTSCH](#)



[ENGLISCH](#)

Inhalts- verzeichnis

- 01 Austragungsort Dubai & COP28-Präsidentschaft
- 02 Global Stocktake: Wo steht die Welt seit Paris?
- 03 Mitigation: Ende des fossilen Zeitalters
- 04 Klimafinanzierung: Finanzen als Hebel
- 05 Loss and Damage: Das Zeitalter der Verluste und Schäden
- 06 Adaptation: Anpassung an die Klimakrise
- 07 Klimagerechtigkeit: Industriestaaten müssen liefern
- 08 Jugendpartizipation & Kinderrechte
- 09 Über das Jugenddelegierten-
Programm & CliMates Austria

“Die Klimakrise nimmt im Jahr 2023 ein nie dagewesenes Ausmaß an. Wir steuern auf eine Welt zu, in der humanitäre Katastrophen und Konflikte Normalität werden. Bei den Verhandlungen in Dubai geht es darum, heute und in Zukunft Milliarden Menschenleben zu schützen. Jeder junge Mensch hat ein Anrecht auf stabile Lebensgrundlagen und einen gesunden Planeten.”

- Jasmin Lang und David Jablonski, COP28-Jugenddelegierte.



AUSTRAGUNGsort DUBAI & COP28-PRÄSIDENTSCHAFT

Die 28. Weltklimakonferenz wird im Dezember in Dubai stattfinden. Der Präsident der Weltklimakonferenz ist Sultan Al Jaber, der gleichzeitig Chef des staatlichen Öl- und Gaskonzerns ADNOC ist. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind weltweit der siebtgrößte Ölproduzent und das Land mit den fünftgrößten Gasreserven.

Zum Start der COP28 sind die Hoffnungen niedrig: [E-Mail-Server von ADNOC](#) wurden für diplomatische COP-Kommunikation verwendet, die Rhetorik im Vorfeld war schwammig: Da ist dann die Rede von *“end of fossil fuel **emissions**”* statt *“end of fossil fuels”* oder *“unabated fossil fuel phase out”*. All dies verfolgt ein Ziel: Den notwendigen Ausstieg aus fossilen Energien zu verzögern. Wir haben mit Wind- und Solarenergie, Wärmepumpen und anderen Technologien vielfältige Möglichkeiten für große Emissionsreduktionen in der Hand, wohingegen Lösungen, wie *Carbon Capture Utilisation and Storage*, nur in geringen Mengen und mit mehr Risiken zur Emissionsreduktion beitragen können. Eines ist klar: An den Verhandlungstischen der COP28 darf kein Platz für die fossile Lobby sein.

Die **Verbindungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten** sind enger, als man zunächst vermuten könnte. Die **OMV** liegt zu 24,9% in den Händen von ADNOC, eben jener fossile Großkonzern, dessen Chef nun Präsident der COP28 ist. ADNOC ist damit nach der Republik Österreich (ÖBAG) der größte Einzelaktionär der OMV. Die OMV ist wiederum an ADNOC-Projekten in den Vereinigten Arabischen Emiraten beteiligt.

Auch zivilgesellschaftliches Engagement und Proteste werden auf der COP28 kaum oder nur stark eingeschränkt möglich sein. Emiratische wie ausländische Staatsangehörige laufen selbst bei friedlicher Meinungsäußerung Gefahr, willkürlich eingesperrt oder an der Ausreise gehindert zu werden. [Human Rights Watch](#) berichtet von **über 50 politischen Gefangenen**, die vor der COP28 freigelassen werden müssen.

Die Entscheidungen, die auf der COP28 getroffen werden, entscheiden über unsere Zukunft. Es ist notwendig, dass Menschen aus besonders betroffenen Generationen und Gebieten mit am Verhandlungstisch sitzen. Junge Menschen auf der ganzen Welt werden die COP28 und die Präsidentschaft an Taten, nicht an ihren Worten messen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [Abu Dhabi Secrets: Der Scheich und seine Hawara. Profil-Recherche zu Österreich-VAE](#)
- [‘I wasn’t the obvious choice’: meet the oil man tasked with saving the planet: Guardian-Interview mit COP28-Präsident Al Jaber](#)



GLOBAL STOCKTAKE: WO STEHT DIE WELT SEIT PARIS?

Die diesjährige COP steht ganz im Zeichen des ersten Global Stocktake (GST), der ersten globalen Bestandsaufnahme, die fester Bestandteil des Pariser Klimaabkommens ist. Er erfolgt alle fünf Jahre und soll sicherstellen, dass die globalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise ausreichend sind, um die Pariser Klimaziele einzuhalten.

Der Global Stocktake Synthesis Report spricht eine klare Sprache: "Global emissions are not in line with modelled global mitigation pathways consistent with the temperature goal of the Paris Agreement, and there is a rapidly narrowing window to raise ambition (...) Reaching net zero emissions (...) requires broad and rapid changes in existing practices."

– Global Stocktake Synthesis Report

Die Welt ist nicht auf Kurs auf das Pariser Klimaabkommen, eine Kurskorrektur ist notwendig - vom Ausstieg aus fossilen Energien hin zu vermehrter Anpassung an die Klimakrise und deutlichen Erhöhungen der internationalen Klimafinanzierung. Der Global Stocktake muss konkrete politische Handlungsanweisungen hervorbringen, welche die Nationalstaaten von der COP28 mitnehmen und auf nationaler Ebene umsetzen.

Ein Teil des Global Stocktake sind die **Nationally Determined Contributions** (NDCs). Diese sind nationale Beiträge zur Bekämpfung und Anpassung an die Klimakrise und beinhalten u.a. spezifische Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Sie werden von den Staaten selbst festgelegt und müssen alle fünf Jahre verschärft werden.

FORDERUNGEN DER JUGENDEDELEGIERTEN

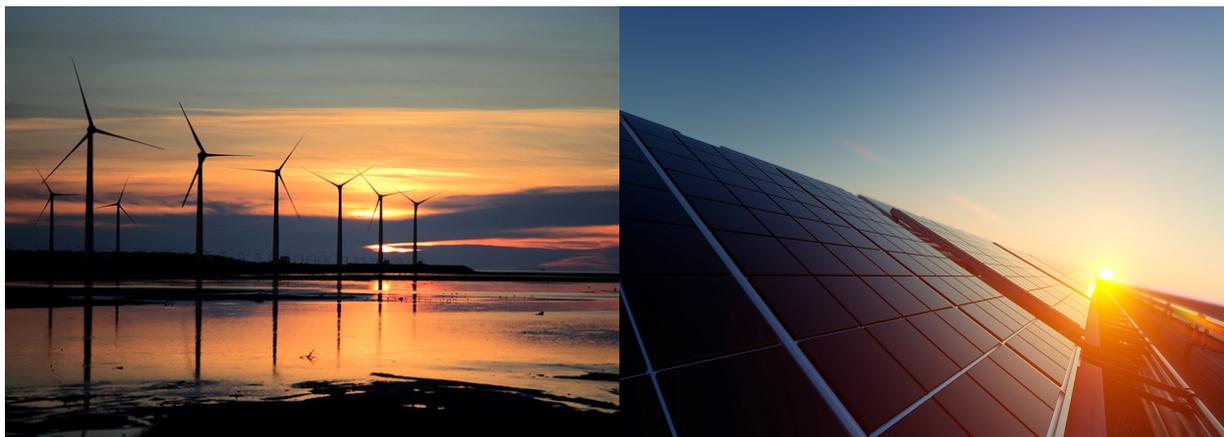
- Die Ergebnisse des Global Stocktake sind alarmierend und zeigen, dass wir global nicht am richtigen Kurs Richtung 1,5°C-Ziel sind. Diese Dringlichkeit, mehr Ambitionen im Klimaschutz, der Anpassung und der Klimafinanzierung zu setzen, muss sich auch im **Ergebnis der COP28** niederschlagen.
- Da Österreichs **nationale Klimaziele** nicht zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens ausreichen, müssen zusätzliche klimapolitische Maßnahmen beschlossen werden, die Österreichs historischer Verantwortung und dem Stand der Wissenschaft gerecht werden.
- Die dreifache **Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimakrise** muss gemeinsam gelöst werden, was auch tiefgreifende Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem erfordert. Politische Maßnahmen müssen an den Ursachen der bestehenden Krisen ansetzen und nicht nur Symptome bekämpfen.
- Beim Global Stocktake müssen insbesondere die Perspektiven der am stärksten von der Klimakrise **betroffenen Bevölkerungen und Regionen** (MAPA) sowie **marginalisierter Bevölkerungsgruppen** berücksichtigt werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [What Is the "Global Stocktake" and Why Is It Important? - World Resources Institute](#)
- [Synthesis Report on the NDCs](#)



MITIGATION: ENDE DES FOSSILEN ZEITALTERS



"As global temperatures and greenhouse gas emissions break records, the latest Emissions Gap Report from the UN Environment Programme (UNEP) finds that current pledges under the Paris Agreement put the world on track for a 2.5-2.9°C temperature rise above pre-industrial levels this century, pointing to the urgent need for increased climate action."

– UN Environment Programme

Die **erste globale Bestandsaufnahme**, der **Global Stocktake**, stellt unmissverständlich klar: Es gibt eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Zielen des Pariser Abkommens und den derzeitigen Emissionspfaden und Gesetzen. Auf der ganzen Welt, auch in Österreich, sind stärkere und schnellere Klimaschutzmaßnahmen notwendig.

Die Klimakrise ist eine fundamentale Gerechtigkeitskrise. Kinder und Jugendliche, die die Erhitzung des Planeten nicht verursacht haben, werden am längsten mit den Folgen leben müssen. Dies gilt insbesondere für junge Menschen in besonders stark von der Klimakrise betroffenen Ländern des Globalen Südens.

Die COP28 muss mit der globalen Bestandsaufnahme zu einer COP der Ehrlichkeit werden. Industriestaaten, darunter auch Österreich, müssen ihrer historischen Verantwortung gerecht werden und endlich jene politischen Rahmenbedingungen umsetzen, die zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens notwendig sind.

Die Klimakrise ist eine fossile Krise. In einem eigenen Tagesordnungspunkt muss ein **Fossil Fuel Phase Out** bis spätestens 2050 auf der COP28 behandelt und rechtlich bindend beschlossen werden. Das Ende von Kohle, Öl und Gas muss dabei umfassend, schnell und gerecht erfolgen. Das bedeutet: Die Erschließung neuer fossiler Projekte muss sofort enden und die Förderung und Verbrennung bereits erschlossener Rohstoffe muss global spätestens 2050, in der EU bereits 2040, aufhören. Verzögernde Formulierungen, wie "unabated" oder "fossil fuel emissions", dürfen nicht in den COP28-Beschluss aufgenommen werden.



MITIGATION: ENDE DES FOSSILEN ZEITALTERS

Erneuerbare Energien müssen massiv ausgebaut werden, bis 2030 muss sich ihre Kapazität verdreifachen. Ausreichende Klimafinanzierung seitens der Industriestaaten ist dabei Bedingung für einen fairen weltweiten Ausbau. Der Schwerpunkt muss auf Wind- und Solarenergie liegen, um einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen, wobei der Schutz von Ökosysteme, soziale Garantien sowie die Wahrung der Menschenrechte zu beachten sind. Biomasse und Kernenergie sind für die Energieerzeugung abzulehnen.

Die Energieeffizienz muss bis 2030 gegenüber dem vorigen Jahrzehnt mindestens verdoppelt werden. Dies muss durch eine Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs unterstützt werden.

Das Treibhausgas Methan hat seit der vorindustriellen Zeit bis zu 0,5°C zur globalen Erwärmung beigetragen. Daher fordern wir ein verbindliches Ziel für 2030, um die Methanemissionen im Sektor der fossilen Brennstoffe auf nahezu Null zu reduzieren und insgesamt um 45% zu senken.

FORDERUNGEN DER JUGENDELEGIERTEN

Österreich ist nicht auf Kurs auf die Klimaziele der EU und das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Während die Emissionen in der EU von 1990-2022 um 27% gefallen sind, sind sie in Österreich lediglich um 8% gesunken. Österreich muss seine Ambitionen massiv erhöhen, denn Klimaneutralität bis 2040 bleibt ein leeres Versprechen, solange auf Worte keine Taten folgen. Junge Menschen in Österreich erwarten politische Entscheidungen, die der Ernsthaftigkeit der Klimakrise gerecht werden. Klimaschutz ist keine Frage der Parteipolitik, sondern sichert unsere gemeinsame Zukunft ab. Alle Parteien und speziell die Bundesregierung müssen ihrer Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht werden.

- Der aktuelle Entwurf des **Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP)** ist **unzureichend** für die Erreichung der EU-Effort-Sharing Ziele, welche wiederum unzureichend für eine Erreichung des 1,5-Grad-Ziels weltweit sind. Österreich muss zusätzliche gesetzliche Maßnahmen verabschieden, damit die Klimaneutralität bis 2040 kein leeres Versprechen bleibt.
- Die im NEKP geplanten **Sektorziele** müssen gesetzlich in einem **Klimaschutzgesetz** verankert werden. Ein wirksames KSG muss außerdem beinhalten:
 - Korrekturmechanismen bei Nicht-Erreichung der Ziele
 - Ausstiegspfad aus den fossilen Energien
 - Kontrollinstanz, wie ein wissenschaftlicher Beirat oder Klimarechnungshof
 - Recht auf Klimaschutz im Verfassungsrang im Sinne der Generationengerechtigkeit
 - eindeutig geregelte Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern
- Ein **Ausstiegplan für alle fossilen Subventionen** in Österreich muss vorgelegt und noch in dieser Legislaturperiode das dafür ausgegebene Steuergeld (4,1 bis 5,7 Milliarden Euro jährlich) halbiert werden.



MITIGATION: ENDE DES FOSSILEN ZEITALTERS

- **Carbon Capture and Storage** birgt die Gefahr, dass Treibhausgas-intensive Technologien länger als notwendig fortbestehen. Vor der Genehmigung solcher Projekte, welche ausschließlich für schwer zu dekarbonisierende Sektoren eingesetzt werden dürfen, ist eine sorgfältige wissenschaftliche Prüfung notwendig, da langfristige Auswirkungen auf Mensch und Umwelt unzureichend erforscht sind.
- Der **Güterverkehr** in Österreich soll von der Straße **auf die Schiene** gebracht werden.
- **Aktive und öffentliche Mobilität** in unseren Städten muss ausgebaut werden und eine Mobilitätsgarantie mit starker Bus- und Bahn-Infrastruktur und -taktung soll besonders in ländlichen Gebieten zugesichert werden.
- Ein **Verbot von Privatjet-Flügen** (ausgenommen medizinische Transporte) und von **Kurzstreckenflügen** soll für alle Strecken, auf denen eine Zugverbindung als sinnvolle Alternative bereitsteht, beschlossen werden.
- Kohlenstoffsinken, wie Moore und andere Ökosystemen, sollen **renaturiert** werden, um das natürliche Treibhausgas-Speicherungspotential im Inland zu erhöhen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [Klimaplan, verzweifelt gesucht – Profil](#)
- [Nations must go further than current Paris pledges or face global warming of 2.5-2.9°C - UNEP](#)
- [Tracking Climate Action: How the World Can Still Limit Warming to 1.5 Degrees - Climate Action Tracker](#)



KLIMAFINANZIERUNG: FINANZEN ALS HEBEL

Maßnahmen zur Emissionsreduktion und Anpassung an die Klimakrise verursachen erhebliche Kosten, die viele Staaten des Globalen Südens alleine nicht tragen können. Um die Klimakrise global zu bewältigen und das 1,5°C-Limit einzuhalten, leisten die Staaten des Globalen Nordens finanzielle Unterstützung. Diese Unterstützung ist gerechtfertigt, da die Industriestaaten historisch und aktuell den größten Anteil an Emissionen verursacht haben.

Klimabedingte Verluste und Schäden und deren Finanzierung werden separat unter dem Thema Loss and Damage behandelt.

Bereits 2009 hat man sich darauf geeinigt, dass von 2020 bis 2025 **jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimafinanzierung** aus öffentlichen und privaten Mitteln aufgebracht werden sollen. Dieses 100-Milliarden-Ziel wurde seither jedoch noch nie eingehalten, was zu einem Vertrauensverlust des Globalen Südens hinsichtlich der Versprechungen des Globalen Nordens führte.

Ein Großteil der Gelder kommt aus öffentlichen Mitteln und wird oft in Form von **Krediten** ausgezahlt, was für betroffene Länder zusätzliche Schulden, die mit hohen Zinsen zurückgezahlt werden müssen, bedeutet. Oxfam argumentiert, dass die fair berechnete Klimafinanzierung (=abzüglich Zinsen) nur etwa ein Drittel der ausgewiesenen Mittel beträgt.

Auch bei der **Verteilung** der Klimafinanzierung auf die Bereiche Mitigation und **Adaption** wurden Versprechen gebrochen: Die Zusage, mindestens 50% der Gelder in Anpassungsmaßnahmen fließen zu lassen, wurde bisher nicht eingehalten. Dieser Anteil für Adaption ging in den letzten Jahren sogar zurück, sodass lediglich 9% der Beiträge für Klimafinanzierung auf Adaptionsmaßnahmen entfallen.

Auf der COP28 wird nun ein neues Klimafinanzierungsziel, das **New Collective Quantified Goal**, verhandelt. Dieses soll die Bedürfnisse und Prioritäten der Länder des Globalen Südens berücksichtigen und über die 100 Milliarden pro Jahr hinausgehen, sodass es mit den Pariser Klimazielen kompatibel ist.

ÖSTERREICHS BEITRAG ZUR KLIMAFINANZIERUNG

2021 steuerte Österreich **300 Millionen Euro** zur internationalen Klimafinanzierung bei, wobei ein Großteil (83%, also 248 Millionen Euro) aus dem öffentlichen Bereich kamen. Nur 59% wurden in Form von Zuschüssen ausbezahlt, dies gilt es weiter auszubauen. Ab 2024 bis 2027 werden die Beiträge auf 340 Millionen Euro pro Jahr angehoben. Dieser Betrag muss weiter erhöht werden. Deutschland leistete 2021 (insgesamt 5,34 Mrd. Euro) beispielsweise doppelt so viel pro Kopf an Klimafinanzierung wie Österreich und selbst das wird vom Climate Action Tracker, genauso wie der Gesamtbeitrag der EU, als unzureichend für die Einhaltung des 1,5-Grad-Limits bezeichnet.



KLIMAFINANZIERUNG: FINANZEN ALS HEBEL

FORDERUNGEN DER JUGENDEDELEGIERTEN

- Die Erreichung des jährlichen Klimafinanzierungsziels von **100 Milliarden Dollar** von 2020 bis 2025 (insgesamt 600 Milliarden Dollar) ist entscheidend für den Fortschritt und das Vertrauen in die Klimaverhandlungen. Österreich muss sich innerhalb der EU und darüber hinaus für die Erfüllung dieses Ziels einsetzen.
- **Österreich** sollte seine Beiträge für Klimafinanzierung zumindest **verdoppeln bis verdreifachen**.
- Beiträge sollten als **Zuschüsse** ausgezahlt werden, um finanzielle Abhängigkeiten zu vermeiden. Dabei ist es entscheidend, dass zusätzliche Mittel für die Klimafinanzierung nicht von bestehenden Budgets, wie der Entwicklungshilfe, abgezogen werden.
- Ein transparentes **Monitoring** der Klimafinanzierungsflüsse, welches frühzeitige Datenveröffentlichung erfordert, soll durchgeführt werden, um einen Überblick über die Höhe der Auszahlungen und den zusätzlichen Bedarf zu geben.
- Bei der COP28 muss sich Österreich dafür einsetzen, dass das **neue internationale Finanzierungsziel** (New Collective Quantified Goal) ab 2025 mit den Pariser Klimazielen kompatibel ist. Dafür muss es bedarfsorientiert definiert werden und Emissionssenkungen, Anpassungen, sowie Verluste und Schäden einschließen.
- Zusätzliche Mittel aus dem **Privatsektor** sollten durch Steuern, Abgaben und den Abbau von Subventionen mobilisiert werden, etwa durch eine internationale CO₂-Steuer, eine Viel-Flieger-Abgabe, eine Mineralölsteuer für die Schifffahrt oder eine Vermögenssteuer.
- Klimafinanzierung muss auch für **besonders gefährdete Gruppen** vor Ort **zugänglich** sein, wie Frauen, indigene Völker, Kinder und Menschen mit Behinderungen.
- Österreich und die EU sollen sich auf der COP28 für einen eigenen Tagesordnungspunkt zu **Artikel 2.1c** einsetzen, um **alle Finanzströme** an den Zielen des Pariser Abkommens auszurichten.
- Alle nationalen **fossilen Subventionen** sollen sobald wie möglich **abgeschafft** werden. Noch in dieser Legislaturperiode sollen sie zumindest halbiert werden.
- Österreich sollte sich zudem für eine gerechte Reform des **internationalen Finanzsystems** einsetzen. Banken sollten strenge Schutzmaßnahmen für Menschenrechte, Klimaschutz und integrative Governance-Strukturen einführen.
- Ambitionierte Ziele für die Finanzierung von Biodiversität sollten ebenfalls festgelegt werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Der Thementag Finance findet am Montag, 4. Dezember statt, wobei auch Finanzminister Brunner vor Ort sein wird.
- Die Climate Policy Initiative berechnet alle klimarelevanten Finanzströme. Der aktuelle Bericht Global Landscape of Climate Finance wurde erst im November 2023 veröffentlicht.
- Auch die OECD erfasst Finanzströme im Bereich der Klimafinanzierung und hat für die Jahre 2013 bis 2021 einen Bericht veröffentlicht.
- Der aktuellste Klimafinanzierungsbericht des BMK wurde für das Jahr 2021 veröffentlicht.



LOSS AND DAMAGE: DAS ZEITALTER DER VERLUSTE UND SCHÄDEN



“Loss and Damage” steht für **Verluste und Schäden**, die durch unzureichende Reduzierung von Treibhausgasen (Mitigation) und Anpassungsmaßnahmen (Adaptation) an die Folgen der Klimakrise entstehen. Es wird daher oft als 3. Säule im internationalen Klimaregime gesehen. Ursachen für Verluste und Schäden sind einerseits sich häufende **Extremwetterereignisse**, wie Fluten oder Taifune, sowie langsam eintretende Ereignisse, sogenannte **Slow-Onset-Events**, wie der Anstieg des Meeresspiegels oder die Desertifikation von Agrarland. Obwohl diese Folgen der Klimakrise schon seit Jahrzehnten Realität sind, gibt es keine allgemein akzeptierte Definition, da Loss and Damage in der UNFCCC-Rahmenkonvention nicht festgeschrieben ist. Die betroffenen Staaten kämpfen nun schon seit über 30 Jahren dafür, dass der Globale Norden für die von ihm verursachten Verluste und Schäden einsticht.

LOSS AND DAMAGE UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Vor allem Länder des Globalen Südens sind aktuell von klimabedingten Verlusten und Schäden betroffen und auf internationale Hilfe angewiesen, obwohl sie historisch gesehen deutlich weniger Treibhausgase emittiert haben und auch heute noch weniger emittieren. Nordamerika und Europa sind **historisch** gesehen für knapp die Hälfte aller Emissionen verantwortlich, während beispielsweise Sub-Sahara Afrika nur 4% verursacht hat. Ein dramatisches Beispiel für Loss and Damage ist die Flutkatastrophe in Libyen, bei der nach einem Dambruch die Stadt Darna überschwemmt wurde, was zum Tod tausender Menschen führte.

HÖHE DER KLIMABEDINGTEN VERLUSTE UND SCHÄDEN

Grundsätzlich wird zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Verlusten und Schäden unterschieden. Zu den **ökonomisch-quantifizierbaren Schäden** zählen etwa zerstörte Infrastruktur, zerstörtes privates Eigentum, Verlust an landwirtschaftlicher Produktivität, der Rückgang von Tourismus oder der Abfluss von Kapital. Beziffert werden die jährlichen ökonomischen Schäden alleine in Ländern des globalen Südens ab 2030 mit rund 400 Milliarden USD. Ab 2050 wird der ökonomische Schaden von Loss and Damage in Entwicklungsstaaten auf 1 bis 1,8 Billionen USD jährlich prognostiziert. **Nicht ökonomisch-quantifizierbar** sind beispielsweise der Verlust von Menschenleben und Biodiversität.



LOSS AND DAMAGE:

DAS ZEITALTER DER VERLUSTE UND SCHÄDEN

Bei der COP27 hat die österreichische Bundesregierung einen Anfang gemacht und erstmals 50 Millionen Euro über einen Zeitraum von 4 Jahren für Loss and Damage zugesagt. Damit wurde Österreich weltweit zum Land mit den zweitgrößten Loss and Damage-Zusagen, was den Bedarf an zusätzlicher Finanzierung verdeutlicht. Die österreichische Bundesregierung ist aufgefordert, im Rahmen der COP28 diese Zusagen zu erhöhen, sodass sie dem Bedarf entsprechen.

LOSS AND DAMAGE FUND

Bei der COP27 in Sharm el-Sheikh wurde ein Loss and Damage Fund beschlossen, der bei der diesjährigen COP28 in Dubai operationalisiert werden soll. Ein Transitional Committee hat in den letzten Monaten Empfehlungen zu den Details des Fonds ausgearbeitet, welche die Grundlage für die politischen Verhandlungen auf der COP darstellen. Auf einige zentrale Elemente, wie die Institution, unter welcher der Fonds langfristig angesiedelt sein soll, konnte man sich bislang noch nicht final einigen. Auf der COP28 sollen daher die strittigen Punkte geklärt werden. Der Globale Süden sowie zivilgesellschaftliche Organisationen treten stark für eine gerechte Ausgestaltung und ausreichende Finanzierung des Fonds ein.

FORDERUNGEN DER JUGENDEDELEGIERTEN

- Österreich muss **zusätzliche, bedarfsgerechte Finanzierung** für Loss and Damage bereitstellen sowie andere Mitgliedstaaten der EU dazu auffordern, selbiges zu tun.
 - Österreich muss seine **historische Verantwortung** in Bezug auf die Klimakrise anerkennen und daher auch für dadurch entstehende Verluste und Schäden eintreten.
 - Im Geiste der internationalen Solidarität sollte Österreich auf eine Beitragsstruktur zum Fonds hinarbeiten, die auf **historischen Emissionen im Verhältnis zum Pro-Kopf-BIP** basiert.
 - Österreich soll sich weiters im Rahmen der EU für die aktive Mobilisierung von Geldern aus dem **privaten Sektor** mittels Steuern, Abgaben und dem Abbau von Subventionen für die Finanzierung von Verlusten und Schäden einsetzen.
- Österreich soll eine aktive Rolle bei der **Operationalisierung und Befüllung des Fonds für Verluste und Schäden** übernehmen.
 - Der Fonds sollte so bald wie möglich einsatzbereit sein und **dauerhaft unter den Finanzierungsmechanismus des UNFCCC** fallen. Er sollte unter der Aufsicht und Leitung der COP und der CMA (Vertragsparteien zum Pariser Klimaabkommen) liegen und ihnen rechenschaftspflichtig sein. Ein Festhalten an Zwischenlösungen muss verhindert werden.
 - Österreich sollte sich für einen Fonds einsetzen, der **gerecht verwaltet** wird, sodass die am stärksten betroffenen Staaten sowie Bevölkerungsgruppen in die Verwaltung des Fonds eingebunden sind.



LOSS AND DAMAGE:

DAS ZEITALTER DER VERLUSTE UND SCHÄDEN

- Betroffene Staaten, wie kleine Inselentwicklungsländer (SIDS) und die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sowie die betroffene Bevölkerung, insbesondere marginalisierte Bevölkerungsgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen, sollten **Zugriff** auf den Fonds haben.
 - Der Fonds sollte vorhersehbar, bedarfsorientiert, verpflichtend, neu und zusätzlich und für die betroffenen Gemeinschaften zugänglich sein.
 - Auszahlungen sollen in Form von **Zuschüssen** statt Krediten ausgeschüttet werden, um ärmere Länder nicht in zusätzliche Schulden und finanzielle Abhängigkeiten zu treiben.
 - Der Fonds sollte verschiedene Finanzierungsfenster umfassen, um auf unterschiedliche Arten von Ereignissen reagieren zu können.
 - Auch **nicht-ökonomische Verluste und Schäden**, wie der Verlust von Menschenleben und Biodiversität, müssen bei den Verhandlungen berücksichtigt und Konzepte erarbeitet werden, die die Linderung von nicht-ökonomischen Schäden verfolgen.
- Zusätzlich soll sich Österreich für die Operationalisierung des **Santiago Netzwerk** einsetzen, angemessene Mittel für dessen Finanzierung bereitstellen und sich proaktiv für die Erleichterung von Technologietransfers und Kapazitätsaufbau einsetzen.
 - Um fundiertere und datengestützte Entscheidungen treffen zu können, sollte alle zwei Jahre ein Bericht über die Finanzierungslücke bei Verlusten und Schäden (Loss and Damage Finance Gap Report) erstellt werden, in dem der künftige Bedarf bewertet und auch nichtwirtschaftliche Verluste und Schäden berücksichtigt werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [Loss and Damage Finance Landscape - Heinrich Böll Stiftung](#)
- [Standing in solidarity with those on the frontlines of the climate crisis: A Loss and Damage package for COP28 - Loss and Damage Collaboration](#)
- Auch alternative Finanzierungsquellen, wie die fossile Industrie, könnten für Loss and Damage aufkommen: [Carbon majors' trillion dollar damages - Climate Analytics](#)



ADAPTATION: ANPASSUNG AN DIE KLIMAKRISE



Die Auswirkungen der Klimakrise bei einer über 1°C heißeren Welt sind bereits heute weltweit spürbar, auch in Österreich. Allein die Schäden der Hochwasserkatastrophen diesen Jahres in Kärnten belaufen sich auf rund 42 Millionen Euro - nur eine der vielen Klimakatastrophen, die 2023 passiert sind. Es ist daher von zentraler Bedeutung von zentral, neben Klimaschutzmaßnahmen auch Anpassungsmaßnahmen für die bereits existierenden Folgen der Klimakrise umzusetzen.

Der Adaptation Gap Report des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) verdeutlicht, dass bis zum Jahr 2030 ein geschätzter jährlicher Anpassungsbedarf von 140 bis 300 Milliarden US-Dollar bestehen wird. Bis 2050 könnten sich diese Kosten auf bis zu 500 Milliarden US-Dollar belaufen, abhängig von der Intensität der Emissionsreduktionen und somit der Verlangsamung der globalen Erhitzung. Diese Zahlen illustrieren die finanzielle Dimension, die erforderlich ist, um sich den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen durch die Klimakrise anzupassen.

FORDERUNGEN DER JUGENDEDELEGIERTEN

- Bei der Entwicklung und Umsetzung **Nationaler Anpassungspläne** (NAPs) die Menschen vor Ort in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, insbesondere wenn es um Umsiedlungen aus Risikogebieten geht.
- Betroffene Menschen, insbesondere marginalisierte Gruppen, wie Frauen, indigene Gruppen, und junge Menschen, müssen direkt, gleichberechtigt und unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in die Erstellung von Adaptionsmaßnahmen auf globaler, nationaler und regionaler Ebene einbezogen werden.
- Da das **GlaSS (Glasgow-Sharm el-Sheikh-Arbeitsprogramm)** einen entscheidenden Schritt zur Bewältigung der Anpassungslücke darstellt, müssen alle Staaten, auch Österreich, sicherstellen, dass reale Fortschritte in Richtung eines gemeinsamen Verständnisses des Globalen Ziels zur Anpassung (GGA) gemacht werden.
- Österreich muss einen Beitrag dazu leisten, vor allem in Diplomatie mit anderen Mitgliedstaaten, dass die EU die Mittel zur Anpassungsfinanzierung bis 2025 verdoppelt, wie auf der COP26 vereinbart. Die Mittel sollen zusätzlich sein und vorrangig auf Zuschüssen basieren.

ADAPTATION: ANPASSUNG AN DIE KLIMAKRISE

- Österreich muss Ländern Hilfe leisten, die **finanzielle, kapazitätsbildende und technische Unterstützung** zur Erstellung und Umsetzung ihrer **nationalen Anpassungspläne** (NAPs) benötigen.
- Österreich muss sicherstellen, dass lokale Akteure und die lokale Bevölkerung **Zugang** zu Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen haben.
- Österreich sollte die **Early Warning Systems** der UN politisch, finanziell und durch Technologietransfer und Kapazitätsaufbau unterstützen.
- **Anpassungsmaßnahmen** müssen **gerecht, übergreifend und inklusiv** sein und sollen, wo notwendig, transnational wirken.
- Wir fordern Österreich auf, **klimabedingte Migration** als Anpassungsstrategie anzuerkennen. Alle Angelegenheiten der Migration sollten im Einklang mit den Menschenrechten stehen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [UNEP Adaptation Gap Report 2023](#)



KLIMAGERECHTIGKEIT: INDUSTRIESTAATEN MÜSSEN LIEFERN

Die Auswirkungen der Klimakrise erstrecken sich nicht nur auf ökologischer Ebene, sondern haben auch erhebliche soziale, humanitäre, sozioökonomische und gesundheitliche Konsequenzen. Daher ist es unabdingbar, dass Klimagerechtigkeit in all ihren Dimensionen berücksichtigt wird. Darüber hinaus gefährdet die Klimakrise die in der UN-Menschenrechtsdeklaration festgehaltenen Rechte, darunter das fundamentale Recht auf Leben.

Historisch gesehen haben Industriestaaten wie Österreich einen **bedeutenden Anteil an** den weltweiten, durch Menschen verursachten **Emissionen**. Gleichzeitig verfügen diese Länder über größere finanzielle und technologische Ressourcen, um den Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen und deren Ursachen zu bekämpfen. Als Teil dieser Industriestaaten trägt Österreich eine klare **Verantwortung**, einen umfassenderen Beitrag zu leisten und eine Vorreiterrolle in der Bewältigung der Klimakrise einzunehmen.

Besonders betroffen von den Auswirkungen der Klimakrise sind beispielsweise Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und indigene Gruppen. Zusätzlich ist es im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit wichtig, die Interessen junger Menschen und kommender Generationen zu berücksichtigen, da sie in noch stärkerem Maße von den Auswirkungen betroffen sein werden. All diese Gruppen müssen daher in verstärktem Maße in die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise einbezogen werden.

FORDERUNGEN DER JUGENDEDELEGIERTEN

- **Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung** müssen bei allen Maßnahmen zur Emissionsminderung, Anpassung und Bewältigung von Verlusten und Schäden berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für national umgesetzte als auch durch internationale Klimafinanzierung ermöglichte Maßnahmen.
- Die Integration besonders **vulnerabler und marginalisierter Gruppen**, wie von Frauen, indigener Völker, der ländlichen Bevölkerung, Migrant*innen, jungen Menschen und Menschen mit Behinderungen, in Entscheidungs- und Planungsprozesse auf allen Ebenen muss direkt, gleichberechtigt und unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erfolgen.
- 1,2 Milliarden Menschen könnten bis 2050 auf Grund der Klimakrise vertrieben werden. Die österreichische Bundesregierung muss **klimabedingte Migration** anerkennen, sich für ein internationales Schutzsystem einsetzen und national ausreichende Kapazitäten aufbauen, um Klimaflüchtlinge zu schützen, aufzunehmen und in die Gesellschaft zu integrieren. Dazu gehört auch die Einrichtung sicherer Fluchtrouten für Menschen, die ihre Heimat aufgrund von klimabedingten Konflikten oder Folgen der Klimakrise, wie Dürren oder Überschwemmungen, verlassen müssen.
- Österreich muss als Teil der EU sicherstellen, dass eine grüne Transformation **nicht auf der Ausbeutung von Ressourcen und Menschen** im Globalen Süden beruht. Vulnerable Gruppen müssen vor den negativen Auswirkungen eines materiell-intensiven grünen Wandels geschützt werden.



KLIMAGERECHTIGKEIT: INDUSTRIESTAATEN MÜSSEN LIEFERN

- Derzeitige Wirtschaftsstrukturen stellen Profit über das Wohlergehen von Mensch und Natur. Die österreichische Bundesregierung ist aufgefordert, gesellschaftlichen Fortschritt und **Wohlstand** holistischer zu **messen** und zu verfolgen. Faktoren, wie die physische und mentale Gesundheit, Biodiversität, und finanzielle Selbstbestimmung, sollten dabei zusätzlich zum herkömmlichen BIP berücksichtigt werden.
- Die österreichische Bundesregierung muss Schutz für Klima- und Umweltaktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen gewährleisten. Verbrechen gegen diese müssen sofort geahndet werden. Die **Kriminalisierung** von friedlichen **Klimaaktivisten** in Österreich und den EU-Mitgliedstaaten ist zu unterlassen und darüber hinaus scharf zu verurteilen.
- Österreich muss sich dafür einsetzen, dass strenge Kriterien zur **Auswahl von COP-Präsidentschaften** geschaffen werden, damit Menschenrechte vor Ort geschützt werden und Lobbyismus der fossilen Industrie gestoppt wird.
- Um die Partizipation und Einflussnahme von **Frauen in der Klimapolitik** zu stärken und **geschlechtergerechte Klimamaßnahmen** zu fördern, ist es erforderlich, dass die Bundesregierung sich aktiv für die Umsetzung des Gender Action Plan der UNFCCC einsetzt und selbst maßgeblich zur Umsetzung beiträgt.
- Österreich muss sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, die in der EU tätig sind, Menschenrechte sowie die aktuellen EU-Umweltstandards in ihren **Lieferketten** einhalten.
- Klimamaßnahmen können die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) unterstützen, müssen jedoch ergänzend zu dringend notwendigen **Entwicklungs- und humanitären Maßnahmen** erfolgen. Österreich sollte sich aktiv für die Kohärenz zwischen humanitären, entwicklungspolitischen, friedenspolitischen, Umwelt- und Klimaschutz-Verpflichtungen einsetzen, um Resilienz aufzubauen und globale Verpflichtungen auf nationaler und lokaler Ebene umzusetzen.
- Ökologisch und entwicklungspolitisch bedenkliche **fossile Großprojekte** dürfen nicht unterstützt werden.



JUGENDPARTIZIPATION UND KINDERRECHTE

"Kinder haben das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Die Staaten müssen eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt sicherstellen, um die Rechte der Kinder zu achten, zu schützen und zu erfüllen."

- General comment Nr. 26 on the UN Committee on the Rights of the Child

Die auf der COP28 getroffenen Entscheidungen werden sich auf das Leben von Kindern, jungen Menschen und allen künftigen Generationen auswirken. Gleichzeitig ist die Jugend der zentrale Akteur in der Klimabewegung.

Wir fordern, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt respektiert werden und junge Menschen systematisch und auf Augenhöhe in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

FORDERUNGEN DER JUGENDEDELEGIERTEN

- Die Politik muss junge Menschen, wie beispielsweise die Jugenddelegierten, systemisch und zeitgerecht in Positionsfindungsprozesse der nationalen sowie internationalen Klimapolitik einbinden.
- Österreich muss sich aktiv dafür einsetzen, dass alle europäischen und insbesondere alle EU-Staaten bis spätestens 2025 offizielle Jugenddelegierte für die UN-Klimakonferenzen haben und deren Teilnahme daran finanziert wird.
- Folgende Mitgliedstaaten haben Stand 21.11.2023 keine offiziellen UNFCCC-Jugenddelegierten: Griechenland, Kroatien, Italien, Litauen, Luxemburg, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Zypern
- Österreich sollte auf nationaler Ebene einen beratenden (klimapolitischen) Jugendausschuss etablieren, um die Perspektiven junger Menschen in politische Prozesse einzubeziehen. Auch Jugendliche aus dem Globalen Süden können die Perspektiven junger Menschen aus besonders betroffenen Regionen einbringen.
- Kinderrechte, vor allem in Hinblick auf Klimaschutz, sollten rechtlich durchsetzbar sein und bei politischen Entscheidungen miteinbezogen werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- UN-General Comment Nr. 26 (2023) zu den Kinderrechten und der Umwelt mit besonderem Schwerpunkt auf dem Klimawandel
- Positionspapier von mehreren europäischen Jugenddelegierten zur COP28
- Der niederländische Nationale Jugendrat hat in Zusammenarbeit mit dem niederländischen Außenministerium einen beratenden Jugendausschuss etabliert, dem junge Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten angehören.



zu dem Jugenddelegierten-Programm und CliMates Austria

Das UNFCCC-Jugenddelegiertenprogramm ist ein Projekt von CliMates Austria, welches vom Klimaministerium gefördert wird. Jedes Jahr fahren zwei Jugenddelegierte als offizieller Teil der österreichischen Delegation auf die UN-Klimakonferenz, um die Stimme der österreichischen Jugend zu repräsentieren. Sie tragen die Forderungen der österreichischen Jugend weiter an Entscheidungsträger*innen und kommunizieren die Verhandlungsergebnisse mittels kritischer Berichterstattung an die österreichische Bevölkerung.

Unterstützt werden die Jugenddelegierten von zwei Senior-Jugenddelegierten, also den vorjährigen Jugenddelegierten, welche als Mentor*innen fungieren. Zusätzlich im Team sind zwei Kommunikationsexpert*innen, die den Social Media-Auftritt organisieren und somit helfen, die COP für die österreichische Jugend zugänglicher zu machen.

Was wir konkret machen:

- **Advocacy-Arbeit** (Treffen mit politischen Vertreter*innen auf nationaler und europäischer Ebene)
- **Vernetzung mit der österreichischen Jugend**
- **Vernetzung** mit anderen **zivilgesellschaftlichen Akteur*innen** national und international (Jugenddelegierten aller Welt, Klimaaktivist*innen aus aller Welt, NGOs aus Österreich und global, ...)
- **Öffentlichkeitsarbeit** über und **Sensibilisierung der österreichischen Bevölkerung** für die UN-Klimakonferenzen (tägliches Telegram-Newsletter, Instagram, Twitter, Interviews in Radio und Zeitungen, Veröffentlichung von Gastkommentaren, etc.)
- **Internationale Pressearbeit**, z.B. Verfassen eines offenen Briefs zu den Erwartungen und Forderungen der globalen Jugend zu Klimagerechtigkeit und COP27 mit Klimaaktivist*innen aus MAPA (Most Affected People Areas)

CliMates Austria ist eine Jugend-Klima NGO in Österreich, mit dem Ziel junge Personen aus ganz Österreich zu empowern. CliMates Austria hat vier Projekte: klimareporter.in, ein klimajournalistisches Programm; CliM'School, ein interaktiver Workshop zur COP; LCOY Austria, die österreichische Jugendklimakonferenz und das UNFCCC-Jugenddelegierten-Programm.

Kontakt CliMates Austria



CliMates Austria
Spittelauer Lände 45
1090 Wien
+43 664 8080 7332

www.climatesaustria.org
hello@climatesaustria.org
[@climatesaustria](https://www.instagram.com/climatesaustria)